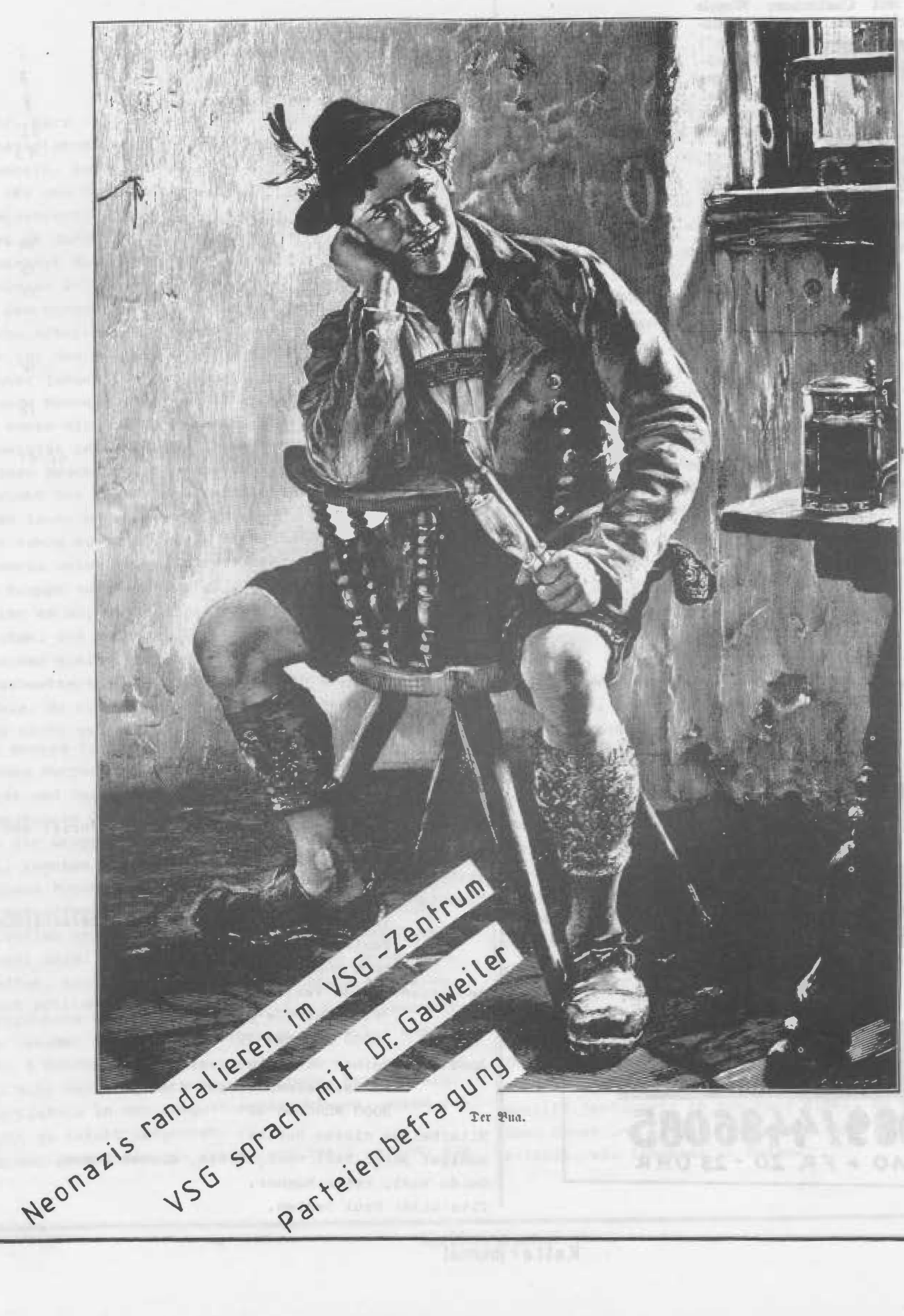
forum
homosexualität
münchen e.V.

kellerjournal

2/84



Der Bua.

Queen-Freddie verlor sein Herz

„Queen"-Sänger **Freddie Mercury** (mit neuem Hit „Radio Ga-Ga" in England Nr. 1) verbringt jede freie Minute in München, nachdem er mit Gastronom **Winnie Kirchberger** (Lokal „Sebastians-Stubn") enge Freundschaft geschlossen hat. Sie besuchen die Discos „Monaco", „Sugar Shack" und „Club New York". Mercury, der gern Campari/Orange trinkt, trägt schwarze enganliegende Lederjeans und ein weißes T-Shirt.



„Hallo, Frau Nachbarin, Sie waren doch gestern in der Oper, was gab es denn?"
„Lohengrin!"
„Und wie war's?"
„Na ja, man lacht halt mit!"

Inhalt

Impressum

Kellerjournal 2/84
5. Jahrgang Auflage 500
Das Kellerjournal ist eine Informationsschrift des VSG e.V. und erscheint zweimonatlich.
Selbstkostenpreis DM 1,20
Eigentum, Herstellung und Vertrieb:
VSG-Verein für sexuelle Gleichberechtigung
Postfach 80 19n28
8000 München 80
Redaktion: Guido Vael (verantwortlich)
Pickelstraße 8/I
8000 München 19
Anzeigen: Rainer Schilling (verantwortlich)
Schleißheimer Straße 138a
8000 München 40
Mitarbeiter dieses Heftes:
Rüdiger Berg, Karl Georg Cruse, Dieter Reiml, Guido Vael, Peter Wagner.
Titelbild: Paul Dahlen.

Neonazis randalieren im VSG-Zentrum

Am 12. März 1984 wollten wir im Rahmen unserer Montagsdiskussionen die "Parteienaussagen zum § 175" behandeln. Dabei sollten die Ergebnisse der Hearings, die SPD und F.D.P. veranstaltet haben und der Kompromisvorschlag um § 182 (einheitliches Schutzalter 16 Jahre) im Mittelpunkt stehen.
Da Herbert Rusche (Bundestagsnachrücker der Grünen) zu dieser Zeit sowieso in München verweilte, hatten wir ihm eingeladen uns etwas über die parlamentarische Arbeit zu erzählen.
Zwar ist den meisten unter uns eine Gruppe unbekannter jungen Leuten aufgefallen (2 Mädchen und 8 junge Männer), aber da es nicht unüblich ist, daß Gäste sich am Montagabend über das Thema Homosexualität informieren, schenkten wir diesen keine weitere Beachtung. Kaum hatte Herbert mit seinem "Bericht aus Bonn" angefangen, störte diese Gruppe durch laute und dumme Bemerkungen. Unsere Bitte doch ruhig zu sein, wurde nicht befolgt. Deshalb forderte unser neugewählter Vorstand Dieter Reiml die Gruppe auf den Raum zu verlassen. Zunächst schien es so, daß sie dieserAufforderung nachkommen wollten. Ein Teil der Gruppe jedoch, schütteten dannaber einige Bierflaschen über Tischen und Boden, zerschmetterten sie dann und traten gegen Tische und Stühle. Da wir uns ein solches Benehmen nun wirklich nicht gefallen lassen, versuchten wir einige der Gruppe festzuhalten. Darauf entstand ein ziemliches Durcheunander. Plötzlich fielen Schüße. Angst und Verwirrung. Bis wir merkten, daß es "nur" Gaspatronen waren, bis wir die Polizei gerufen hatten, war die Gruppe geflüchtet. Nur den Jugendlichen R.C. konnten wir festhalten und der Polizei übergeben. Herbert Rusche wurde bei dem Versuch den Schützen zu entwaffenen, durch ein Schuß voll ins Gesicht getroffen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Dieter Reiml war von einer Bierflasche am Kopf getroffen, trotz Blut, war die Verletzung zum Glück nicht schlimm.
Treppenhaus und Flur weiter um sich herum geschossen Ins gesammt fanden wir 3 Patronen im Keller und 3 oder 4 Patronen im Flur.
Das Bild des Mannes, schwarzmaskiert, breitbeinig, die Pistole in den ausgestreckten Händen, werde ich nicht so leicht vergessen.
Aus den Zeugenaussagen konnte ermittelt werden, daß die Gruppe sich eigens für diesen Überfall verabredet hat und daß es sich um Neonazis handelte. ("Deutsche Männer sind nicht schwul")
Seit diesem Überfall gingen in der Landesgeschäftsstelle der Grünen und bei dem grünen Stadtratskandidaten (und VSG-Mitglied) Gerd Wolter mehere Drohanrufen ein. Einen dieser Anrufe konnte ich mir (am 16.03) am Telefon selber anhören:
"Hier spricht der Gauleiter der Nationalen Befreiungsarmee.... eine Mitteilung für die schwule Bande die Grünen... schwules/grünes und anderes krankes Ungeziefer haben nicht mehr lange die Freiheit ihr krankes Unwesen zu treiben.... Wir befehlen daher der schwule grüne Stadtratskandidat Gerd Wolter, sollte er gewählt werden, auf sein Mandat zu verzichten, sonst ergreifen wir andere Mittel" Während und nach dieser Ansage spielte ununterbrochen die erste Strophe des Deutschlandliedes.

Sowohl VSG e.V. als auch die Verletzten haben Anzeige erstattet, wobei auf eventuelle Zusammenhänge mit der Flugblattaktion in Würzburg, hingewiesen wurde. Zwar richtet sich die Anzeige gegen Unbekannt, aber nachdem ein Täter der Polizei bekannt ist, dürfte es wohl leicht sein die anderen Täter zur Verantwortung zu ziehen und ihnen das Handwerk zu legen. Bemerkenswert finde ich es allerdings, daß erst nachdem ddp von den Grünen benachrichtigt wurde und nachdem es dadurch am Dienstagmittag in den Nachrichten verbreitet wurde, die Rückmeldung der Polizei bei ddp einging.
Die Gruppe HALT hatte am Mittwoch den 14.03. eine ähnliche Veranstaltung. Diese fand unter Polizeischutz statt.
Die politisch Verantwortlichen dieser Stadt, fordere ich auf, alles dafür zu tun, daß neonazistische Aktionen unmöglich gemacht werden und dafür zu sorgen, daß die Polizei h i e r f ü r ihre Energie aufwendet und z.B. nicht um zu versuchen unbescholtene Bürger am Stachus mit Lockvögel unter Druck zu setzen.
Ob der Ministerpräsident dieses Freistaates, wirklich nicht merkt welche Saat er sät, wenn er den Begriff "entartet" in den Mund nimmt, ob er nun über Kunst und Kultur redet oder über liberale Politik, wie letztens in Passau?

gv

Presseerklärung des VSG e.V.

Am Abend des 12. 3. 1984 wurde das Vereinslokal des VSG e.V. Ziel des Angriffs einer neonazistischen Schlägertruppe. Etwa 10-12 von ihnen hatten sich als harmlose Gäste getarnt in das Schwulenzentrum mit dem Ziel eingeschlichen, Krawall zu machen. Sie begannen mit Störaktionen als der Gast Herbert Rusche, Mitglied der Bonner Fraktion der Grünen, über Reformversuche am § 175 berichten wollte. Nach der Aufforderung das Zentrum zu verlassen, inszenierte die Bande eine Schlägerei, in deren Verlauf einer von ihnen mehere Schüsse aus einer Gaspistole abfeuerte. Zwei Anwesende, darunter Herbert Rusche, wurden verletzt. Einer der Täter konnte festgehalten werden, wurde jedoch am nächsten Tag von der Polizei auf freien Fuß gesetzt.

Dieser Anschlag macht nicht nur erneut die Gefährlichkeit neonazistischer Banden deutlich, sondern zeigt auch und vor allem, wie offen Schwulenverfolgung heute wieder auftreten kann. Verantwortung dafür tragen diejenigen Politiker, die Schwule als "Soziallästige" diffamieren, sie als "perverse Minderheiten" brandmarken oder verantwortungslos mit dem Begriff "entartet" hantieren und die eine Atmosphäre des Hasses gegen sie dulden, wenn nicht sogar fördern. Schuld trifft vor allem die Verantwortlichen, die die Gefahr von rechts außen verharmlosen. Das so geschaffene Klima ermutigt neonazistische Elemente zu Ausschreitungen.

Um so mehr ist es an der Zeit, daß alle Schwulen sich gegen jede Form der Diskriminierung wehren. Den rechtsradikalen Angriffe auf die Demokratie müssen sich gerade Schwule mit aller Entschiedenheit widersetzen.

Mehrere Drohanrufe bei den Grünen

München (AZ) – Das Landesbüro der Grünen hat am Freitag mehrere Drohanrufe erhalten. Ein Anrufer, der für eine „Gauleitung der Nationalen Einheitsfront" sprach, erklärte, ab sofort seien „Schwule und Transsexuelle sowie alle sie unterstützenden Organisationen wie die Partei der Grünen Freiwild".

Bereits vor einigen Tagen hatte der Stadtratskandidat der Grünen, Gerd Wolter, telefonische Drohungen erhalten. Anrufe von Rechtsradikalen erhielt auch das Frauen-Büro der Grünen. Ein Sprecher der Partei erklärte, nach dem Anschlag bei einer Veranstaltung zum Thema Homosexualität in der vergangenen Woche nähmen die Grünen die Drohungen ernst.

AZ 17.03.84

Krach mit der CSU wegen Neonazis

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hintertreibt die Absicht der Bonner Koalition, neonazistische Propaganda wirkungsvoller zu bekämpfen. Er weigert sich, das Leugnen oder Verharmlosen des Völkermordes der Nationalsozialisten an Juden („Auschwitz-Lüge") mit Strafe zu bedrohen. Bundeskanzler Helmut Kohl dagegen hat sich für das Vorhaben stark gemacht und steht bei der FDP im Wort.

Die vom damaligen SPD-Justizminister Jürgen Schmude noch 1982 vorgelegte Gesetzesnovelle zur Bekämpfung neonazistischer Agitation war von der Bonner Rechtskoalition nach der Wende übernommen worden – zunächst auf Grund einer Panne. Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger hatte übersehen, daß bereits ein Einspruch der Bayern im Bundesrat vorlag, weil die Regierung des Freistaats, so heißt es in einem vertraulichen Schreiben des Bonner Justizministeriums, „eine strafrechtliche Regelung des Komplexes ‚Auschwitz-Lüge' nicht wünscht".

Strauß hält den von FDP-Justizminister Hans Engelhard inzwischen abgemilderten und von allen anderen Landesregierungen gebilligten Gesetzentwurf für „einäugig". Er kritisiert zudem, die neue Regelung stelle jeden „Judenwitz" und jedes „Biertischgeschwätz" unter Strafe.

Engelhard hat den Kanzler am 29. Februar schriftlich „sehr herzlich" um Unterstützung gebeten, damit die „von der CSU kommenden Einwendungen überwunden werden können". Der Justizminister: „Entscheidend sollte dabei das Bewußtsein um die besondere Verantwortung sein, die uns unsere jüngste Geschichte auferlegt hat und die auch Sie wiederholt – zuletzt noch während Ihres Aufenthaltes in Israel – hervorgehoben haben."

Tatsächlich ist Helmut Kohl bei seinem Israel-Besuch vor acht Wochen weiter gegangen, als Engelhard weiß: Der Regierung in Jerusalem liegt eine Zusage des Kanzlers vor, den von Strauß bekämpften Gesetzentwurf durchzusetzen. Mit der Einlösung dieses Versprechens könnte Kohl dazu beitragen, so hoffen Kanzler-Berater, die von jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik beklagten Peinlichkeiten während seiner Israel-Visite auszuräumen.

Spiegel 12/84

Parteienbefragung des VSG



Nun hat es der VSG also endlich einmal geschafft, wenigstens für einen Abend aus seiner Kellerhöhle herauszukriechen und eine größere Veranstaltung eine Etage höher durchzuziehen. Anlaß war die bevorstehende Stadtratswahl, und es ging also um eine Befragung der voraussichtlich im Stadtrat vertretenen Parteien zu Fragen der Kommunalpolitik, insbesonders natürlich zu Bereichen, die das schwule Leben in dieser Stadt unmittelbar betreffen. Die CSU freilich hatte schon auf die Einladung des VSG gar nicht erst reagiert und blieb damit auch der Veranstaltung fern. Hier hat die menschenverachtende Bemerkung von den "sozialllästigen Homosexuellen" wohl so nachhaltig in den eigenen Reihen gewirkt, daß es keinem CSU-Mitglied mehr einfallen darf, diesbezüglich soziales Engagement zu zeigen. Zusagen hingegen gab es von den anderen Parteien. Für die FDP kam Rechtsanwalt Hildebrecht Braun aufs Podium, für die SPD Alfred Lottmann, Studienleiter der Volkshochschule und bereits im Stadtrat vertreten, und für die "Grünen" Gerd Wolter, der als erster offen Schwuler in den Stadtrat einziehen möchte.
Die ursprüngliche Absicht des VSG, als Vertreter der Homosexuellen Mitglieder aus allen schwulen Vereinen und Gruppen aufs Podium zu bekommen, ließ sich nicht verwirklichen. Anders als bei dem spontanen Zusammenschluß aus der akuten Notwendigkeit heraus, den AIDS-Kranken wirksam zu helfen, bedarf es für eine gemeinsame politische Plattform doch noch einer längeren Anlaufzeit. So saßen am Ende nur VSG-Mitglieder als Gesprächspartner der Politiker auf dem Podium, und zwar ein Vertreter der Jugendgruppe für den Bildungsbereich, der ehemalige Vereinsvorstand Guido Vael als Vertreter von "Rosa Telefon" für den Bereich Soziales und Rainer Schilling in einer seiner letzten Amtshandlungen als Vereinsvorstand für den ordnungspolitischen Bereich. Pfarrer Philippi, zugleich Homosexuellenbeauftragter der evangelischen Landeskirche fungierte als Diskussionsleiter.
Man muß sagen, daß der wesentliche Erfolg der Veranstaltung in ihrer fundierten Vorbereitung lag. Die Art und Weise, wie von Seiten des VSG immer wieder Sachargumente, und zwar jeweils auf dem neuesten Stand, nachgeschoben werden konnten, zwang die Politiker einfach, aus unverbindlich bleibenden Statements herauszugehen und sich mehr und mehr aus einer persönlichen Betroffenheit heraus zu artikulieren. Selbst als Schwuler erfuhr man da noch einiges über die Problematik schwulen Lebens, z. B. die skandalöse Tatsache, daß Sozialwohnungen an schwule Gemeinschaften nicht vermittelt werden. Es spricht für die beiden Politiker von FDP und SPD, daß sie sich so nachhaltig auf das konkret vorgetragene Detail eingelassen haben und dies innerhalb ihrer Parteien wie auch in den Bereich der Verwaltung hinein weiter vermitteln wollen. Gerd Wolter als vom Schwulsein selbst Betroffener hatte es da wesentlich einfacher; er weiß die Schwulenthematik in seiner Partei bereits verankert und konnte so immer wieder auf das Programm der "Grünen" zur Kommunalwahl verweisen. Es konnte dem VSG allerdings an diesem Abend weniger um eine gegenseitige Abgrenzung zwischen den Parteien gehen, als vielmehr darum, die Türen zu den Parteien erst einmal einen Spalt weit aufzukriegen. Wenn ein nachhaltiger Abbau der Schwulendiskriminierung wirklich erreicht werden soll, kann das - mit

einem Seitenblick auf Bonn - wohl nur mit dem Beistand mehrerer Parteien geschehen. Insofern haben wohl auch die "richtigen" Parteien bei der Veranstaltung ihre Fähnlein vorgezeigt.
Nun wäre allerdings die vom VSG mühsam geöffnete Tür beinahe wieder zugegangen, als die Münchener Pädosexuellen-Gruppierung (oder das, was davon übrig geblieben ist) eigene politische Forderungen anmeldete. Man hatte ihnen wohl aus taktischen Erwägungen ein Rederecht eingeräumt, tat aber gut daran, dem Spuk entschieden ein Ende zu bereiten. Der Vorfall um die Pädos machte zugleich deutlich, daß der gewöhnliche Homosexuelle die Politikfähigkeit der Schwulengruppen heute differenzierter begreift als noch vor einigen Jahren. Forderungskataloge nach Päderastenart haben offenbar gründlich abgewirtschaftet, während die Aufbereitung von Konfliktfelder durch den VSG als willkommene Vorgabe angesehen wurde, selbst in die Diskussion einzusteigen.
Der gewöhnliche Homosexuelle ist offensichtlich politischer geworden. Das ließ sich schon am überraschend hohen Publikumszulauf erkennen, fand seinen konkreten Niederschlag dann auch in dem Verlangen nach breiter Diskussion. Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit, die dabei jedem Redner, auch dem wortgewandten, und jedem Beitrag, auch dem weniger informierten, gezollt wurden, nötigten am Ende sogar dem Diskussionsleiter ein Wort der Anerkennung ab.
Wenn Toleranz auch und erst einmal die Fähigkeit des angemessenen Umgangs miteinander beinhaltet, so hat der Abend bewiesen, daß Lesben und Schwule, Homosexuelle und Heterosexuelle miteinander ins Gespräch kommen wollen und können. (Und die Pädos sollten sich hierbei nicht ausgeschlossen fühlen!)
Diese Fähigkeit, als Katalysator in der so differenzierten und empfindlichen Schwulenwelt zu wirken, hat dem VSG von Seiten des gewöhnlichen Homosexuellen durchaus auch politische Anerkennung verschafft. Man kann nach dem Abend im Vollmar-Haus dem VSG nur nahelegen, es auch in Zukunft eine Etage höher zu versuchen.

pw



Homosexualität allein soll kein Sicherheitsrisiko sein

Bonn (AP)

Homosexuelle Veranlagung soll künftig für sich allein nicht mehr ausreichen, um einen Geheimnisträger zum Sicherheitsrisiko erklären zu können. Wie der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fröhlich, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage mitteilte, arbeitet die Bundesregierung schon seit längerem an einer entsprechenden Neufassung der Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten. Der Entwurf sieht vor, den in der bisherigen Fassung enthaltenen Begriff „abnorme Veranlagung auf sexuellem Gebiet" durch „sexuelles Verhalten, das zu einer Erpressung führen kann", zu ersetzen. Damit werde der entscheidende Grund für ein Sicherheitsrisiko, eine mögliche Erpreßbarkeit, deutlich, betonte der Staatssekretär.

SZ 22.03.84

erstmals in München: offen schwuler Stadtrat

Wir gratulieren unserem Mitglied Gerd Wolter (Die Grünen) zu seiner Wahl.Damit haben wir in München endlich den lang ersehnten offen schwulen Stadtrat.Gerade nach den Ereignissen der letzten Zeit ist dies ungeheuer wichtig.
Gerd steht unter großem Erfolgsdruck,werden in ihn doch erhebliche Erwartungen gestellt.
Aber machen wir uns nichts vor,sein Erfolg hängt nicht zuletzt davon ab,wie wir alle ihn bei seiner Arbeit unterstützen.
Nach der Wahlschlappe der CSU können wir immerhin hoffen,daß das Klima in München wieder freundlicher wird..

gv

VSG sprach mit Dr. Gauweiler

Daß wir das Klima in München als "law and order- Klima"empfinden, ist das zweifelhafte Verdienst eines CSU-Politikers von grossem Fleiss, des berufsmässigen Stadtrats Dr.Peter Gauweiler, der seit ca. 1 1/2 Jahren das Kreisverwaltungsreferat leitet. Er hat viel zu sagen, "Ausländerangelegenheiten" fallen ebenso in seine Kompetenz wie "Gewerbeangelegenheiten" und anderes, vor allem aber ist er für die öffentliche Ordnung (zuständig).

Als der V S G am Samstag, dem 1.Oktober 1983 wieder einen Informationsstand abhalten wollte, machte das Kreisverwaltungsreferat ungewohnte Auflagen. In früheren Genehmigungen von Infoständen war zu lesen gewesen :

"Die Vorerkundung und der bisherige Verlauf ähnlicher Veranstaltungen obengenannter Organisation (= der VSG) liessen keine Umstände erkennen, wonach mit einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen wäre. Auflagen werden daher nicht erteilt."

Plötzlich las sich das ganz anders :

"Es ist ausdrücklich untersagt,

o jedes Ansprechen von Einzelpersonen aus dem Kreis der Passanten

o die Aufstellung von Transparenten und Stellwänden."

Der V S G hatte ein Rätsel zu lösen, er gab es an Herrn Dr.Gauweiler zurück : Wie soll man Mitbürger über sich informieren, wenn man sie nicht auf sich aufmerksam machen darf ? Ja, das komme daher, dass nun laut Gerichtsurteil für Infostände nicht mehr das Versammlungs= sondern das Wegerecht gelte, lautete die Antwort. Auch Herr Dr.Gauweiler merkte aber wohl, dass das des Rätsels Lösung nicht war und lud zum Gespräch über die "spitzfindigen Unterscheidungsmerkmale" ein. Der V S G schickte Rainer Schilling und mich.

Am 12.März um 10.oo Uhr wurden wir im Kreisverwaltungsreferat über nicht für das Publikum bestimmte geheime Wege in ein Konferenzzimmer neben dem Büro des Hausherrn geführt. Nach ein paar Minuten erschien er, mit ihm gleich zwei seiner hervorragendsten Mitarbeiter, die Herren Dr.Dr.Kathke (Leiter des Gesundheitsamtes) und Dr.Reif (Leiter des Ordnungsamtes). Es gab viele Worte - 90 Minuten lang.

Man tut doch alles nur mögliche für uns Schwule (Pardon, das Wort mag der hohe Herr nicht, also für uns HOMOSEXUELLE). Schliesslich durften die Ärzte vom Gesundheitsamt in einer öffentlichen Veranstaltung (des M L C , nicht des Gesundheitsamtes) über A I D S unterrichten.In Sachen A I D S darf das Gesundheitsamt auch mit Münchens Schwulen zusammenarbeiten.

Doch das kommt doch vorwiegend dem Interesse der Allgemeinheit entgegen (auch dem Interesse der Schwulen, deswegen mache ich gerne dabei mit). Herr Dr.Gauweiler berichtete uns doch persönlich, dass es in den U S A 18 AIDS-Kranke gibt, die zweifelsfrei bei Blutübertragungen angesteckt wurden. Da liegt das Hauptinteresse des Gesundheitsamtes. Und das die Neopterintest-Maschine nun doch nicht gekauft wird ? Herr Prof.Dr.Bandmann hat gutachtlich geraten, den Erwerb vorläufig zurückzustellen, da der Test leider "falsch negative" Ergebnisse nicht ausschliesse (d.h.: vor 4 Wochen glaubte man aus dem Testergebnis "mit Sicherheit" eine Erkrankung an AIDS aus=schliessen zu können, jetzt nur noch "mit höchster Wahrscheinlichkeit").

Zu den Auflagen bei den Infoständen äusserten die Herren Kompromissbereitschaft. Transparente und Stellwände müsse man uns wohl gestatten, wenn die Verkehrslage es zulasse. Wieso die Einschränkung ? Am 1.10.1983 war uns ein Platz am Rindermarkt"zugewiesen"worden, hinter uns waren Büsche. Warum wir keine Transparente vor diese Büsche stellen durften, wurde nicht erklärt.

Auf den Stellwänden dürfen aber nur ANSTÄNDIGE Bilder sein, nicht z.B. ein Minderjähriger und ein Erwachsener, die mutmaßlich in sexueller Beziehung zueinander stehen. Anständig ? Wieso durfte der"Mathaeser" in der Stadt für sein Faschingsfest "München schabernackt" mit Riesenplakaten werben, auf denen -entschuldigen Sie den Ausdruck, aber mit gesellschaftsfähigen Worten kann ich Ihnen sowenig,wie ich es den Herren gegenüberkonnte, meinen Eindruck von dem Plakat schildern- auf denen ein "zum Gebrauch bestimmter Weiberarsch" abgebildet war ? Man könne halt nicht alles tun, was man tun möchte, erfuhren wir.

Den Parteien habe man die Infostände zum Kommunalwahlkampf noch nach Versammlungsrecht genehmigt, um die mit Verfahrensänderungen verbundene viele Arbeit über längere Zeit zu strecken. Die Frage, ob man mit dem Glied in der Kette, das man für das schwächste gehalten habe, habe anfangen wollen, blieb unbeantwortet.

Passanten ansprechen dürften Leute WIE WIR natürlich, aber ein Ledertyp in seinem vollen "Schmuck" wirke doch provozierend. Ein Ledertyp wird sich in absehbarer Zeit kaum an einen Infostand stellen, erwiderten wir. Vielleicht komme mal jemand im Fummel (Tendenz rückläufig). Im übrigen könne Provokation auch ein Mittel der politischen Information sein.

Diskussionsgruppen könnten den Verkehr behindern, hörten wir. Natürlich, wenn uns für den Infostand ein Platz auf einem schmalen Bürgersteig "zugewiesen" wird. Doch z.B. am Jagdmuseum ist Platz genug. Nein, nein, dort beschwert sich dann der Herr Hirmer über Infostände. Zu recht? Herr Dr. Gauweiler meint wohl, die Fußgängerzone diene nur zwei Zielen :

-dem ungehinderten Verkauf in den anliegenden Läden und

-dem geruhsamen Flanieren vor allem älterer Menschen.

"Kommunizieren" müsse man dort nicht können, das tue man in der Kirche. Und wer auf den einladenden Parkstühlen, die die Stadt aufgestellt habe, Ruhe suche, werde doch von Pennern etc. in seiner Nachbarschaft angewidert.

Vorsorglich -man habe uns ja jetzt erst richtig kennengelernt- habe man die Auflagen gemacht. Dass man sich nicht an frühere Erfahrungen mit uns erinnert habe, das sei eben die neue, gauweilersche Gangart.

Zum Schluss sprach Herr Dr.Gauweiler die Verhältnisse unter dem Stachus an. Wie ein polizeilicher Lockvogel dort mit mir persönlich umgegangen ist,fand nicht seine Billigung - ohne dass er das System des "agent provocateur" in Zusammenhang mit Prostitution generell infrage stellte. Er ließ auch wissen, daß s.E. die Verunsicherung der "Kunden" ein probates Mittel zur Verhinderung von Prostitution sei. Unter dem Stachus aber sei das Problem mit -wohl fast ständiger- Präsenz uniformierter Polizisten zu lösen.

Wir glauben nicht, dass man Probleme mit Verboten und/oder Polizei lösen kann. Diese sind nur dann sinnvoll, wenn sie andere, grundsätzliche Massnahmen unterstützen. Wir werden uns also hüten, Polizei unter dem Stachus zu "fordern".

Oft haben wir in den 90 Minuten geschluckt- und geschwiegen.(sonst sässen wir wohl heute noch dort). Doch oft haben wir auch Meinungverschiedenheiten angesprochen. Herr Dr. Gauweiler verteidigte Tabus (mit u.E. hahnebüchenen Beispielen), wir halten Tabus für überwiegend gefährlich. Solche Beispiele, die sich neben den 3 oben genannten Themen ergaben, gab es viele und man kann sie nicht alle widergeben. Beide Seiten waren aber deutlich bemüht, m i t e i n a n d e r zu sprechen, sich z.B. nicht gegenseitig zu beschimpfen. Wozu ? Es bestehen fundamentale Meinungsverschiedenheiten, doch auch für uns gibt es nur im Einvernehmen mit unserer Umwelt einen dauerhaft vernünftigen Lebensraum. Im Gespräch müssen und wollen wir Vorurteile abbauen (Herr Dr. Gauweiler war ja auch Neugierig auf uns, wie er sagte). In dem Gespräch sind wir einen kleinen Schritt voran gekommen: die Genhmigung für den nächsten Infostand wird anders aussehen als die letzte.

Das war das erste offizielle Gespräch des V S G mit einem Politiker der C S U (nach Herrn Dr.Gauweilers eigenen Worten nicht mit dem bedeutungslosesten). Dass sich die C S U bisher verweigerte,haben wir gerügt, Herr Dr.Gauweiler will dem nachgehen. Aber : trotz der 90 Minuten haben wir "nur" mit dem Kreisverwaltungsreferenten über sein Zuständigkeitsgebiet gesprochen, die Symptome schwulen Lebens, die auch uns nicht in allen Details "gefallen". Über die Ursachen, die zu diesen Symptomen führen, wäre ein sehr eingehendes politisches Gespräch überfällig.

Karl-Georg Cruse

Wohnprobleme in München

Die Mieten in München gehören bekannterweise zur bundesdeutschen Spitze. Zwar versichert uns OB Kießl, daß die Durschnittsmiete im letzten Jahr gefallen wäre, doch sind die Mietsenkungen bei Luxuswohnungen für den größten Teil der Bürger unbedeutet, da es ohnehin irrelevant ist ob eine Wohnung DM 2200 oder DM 2100 kostet.
Die Wohnung, die der Normalbürger sich leisten kann, kostet nach wie vor verhältnismäßig viel oder ist im vergangenen Jahr noch teuerer geworden. Umso wichtiger ist es einem, die Ausgabe für Miete zu reduzieren. Das geht im wesentlichen durch Zuteilung einer Sozialwohnung oder durch Gründung einer Wohngemeinschaft. Da viele Schwule mit ihrem Freund ein gemeinsames Zuhause teilen möchte, haben wir mal nachgesehen, welche Hindernisse einem schwulen Paar dabei in der Weg gelegt werden können. Potentielle Schwierigkeiten mit dem Vermieter haben wir nicht berücksichtigt, vielmehr ging es uns um die Aufdeckung behördliche Stolperfallen und Diskriminierungen.
Da ich Mitglied des "Mietervereins München e.V." bin, stellte ich zuerst dort folgende Fragen:
1. Ist es richtig, daß der Vermieter einer Wohnung es dulden muß, wenn der Mieter seinen Lebenspartner in die Wohnung einziehen läßt?
2. Muß der Mieter dies dem Vermieter mitteilen? In welcher Form.
3. Ist eine verspätete Mitteilung ein Kündigungsgrund?
4. Gelten die unter 1.-3. erfragten Bestimmungen gleichwertig und analog für gleichgeschlechtliche Beziehungen?
5. Können Sie Präzedenzfälle aus Ihrer Praxis oder aus der Rechtssprechung speziell in München nennen? (Wenn möglich mit Aktenzeichen).
6. Haben Sie den Eindruck, daß die Stadt München oder andere kommunale Institutionen Schwule im Wohnungs- und Mietwesen benachteiligen? (Speziell Punkt 1.-3.) Gibt es Verwaltungsvorschriften, die eine solche Benachteiligung zur Folge haben können?
7. Können Sie dafür gegebenenfalls Beispiele Nennen? (Natürlich ohne Namen der Betroffenen)!

Die prompte Antwort lautete:
"Gmäß § 549 Abs. 1 BGB ist der Mieter ohne die Erlaubnis des Vermieters nicht berechtigt, den Gebrauch der Wohnung einem Dritten zu überlassen. Das Bayerische Oberste Landesgericht betrachtet in seinem Rechtsentscheid vom 29.11.1983 sogar den Bruder des Mieters als sogenannten "Dritten" und verweist in seiner Begründung auf den Rechtsentscheid des OLG Hamburg, nach welchem ein Vermieter das Mietverhältnis in der Regel gemäß § 553 BGB fristlos kündigen kann, wenn der Mieter den Gebrauch einer Mietsache unbefugt einem Dritten überlässt. Als Gegengewicht gewissermassen zu der harten Formulierung in Abs.1) hat der Gesetzgeber in Abs. 2) des §549 dem Mieter das Recht zugestanden, vom Vermieter die Erlaubnis - einen Teil des Wohnraums einem Dritten zu Gebrauch zu überlassen - zu verlangen, wenn nach Abschluß des Mietvertrages ein berechtigtes Interesse hierzu entsteht.
Zu dieser Frage hat das OLG Hamm am 17.8.82 einen Rechtsentscheid erlassen, in welchem dem Mieter dieses berechtigte Interesse an der Aufnahme eines Dritten zugestanden wird, wenn er im Rahmen seiner Lebensgestaltung aus persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen mit dem Dritten eine auf Dauer angelegte Wohngemeinschaft begründen will, gleichviel ob es sich bei dem Dritten um eine Person gleichen oder anderen Geschlechts handelt.
..... Der Mieter muß nicht nur "mitteilen", sondern er muß die Erlaubnis zur Aufnahme des Dritten "verlangen", besser aber darum ersuchen. .... (Frage 3).... Doch sollten Sie, wenn Sie diesen "Dritten" bereits in die Wohnung aufgenommen haben, diesen vorläufig als Besucher bezeichnen.
Ihre Frage 4) wird mit dem Rechtsentscheid des OLG Hamm beantwortet. Zu den Fragen 5), 6) und 7) liegen uns keine Erkenntnisse vor."

Auffallend positiv an diese Antwort ist die wertfreie, sachliche Information. Hilfe wird ohne Betracht der sexuellen Orientierung gegeben.
Deshalb hier die Adresse:

Mieterverein München e.V.
Angertorstraße 1 a/II
8000 München 5 Tel.: 266435

Solltet ihr Teuch wegen Probleme an ihn wenden, kann dies telefonisch erfolgen, besser aber ist es persönlich vorzusprechen. Bei schriftlicher Anfrage bitte Rückporto nicht vergessen!
(Anm. d. Red.: Ich glaube man muß aber Mitglied sein)
Die oben erwähnten Gerichtsurteile können im VSG eingesehen werden.

Großes Ärgernis bereitete hingegen das Amt für Wohnungswesen (Burgstraße 4, München 2).
Auf meine Fragen nach den Vergabekriterien und nach der Gleichbehandlung von kinderlosen Ehepaaren, nichtehelichen heterosexuellen Partnerschaften, homosexuellen Partnerschaften mit Ehepaaren mit Kindern, erhielt ich folgende Antwort:

"... Voraussetzungen für die Aufnahme in die Vormerkkartei für eine öffentlich geförderte Wohnung sind: a) daß die Familieneinkommen der antragstellenden Wohnungssuchenden die in § 25 des II WoBauG aufgezeigten Einkommensgrenzen nicht überschritten werden und

b) die soziale Dringlichkeit bei den einzelnen Wohnungssuchenden gegeben ist.

... Sozialwohnungen mit ihren unterschiedlichen Größen werden sowohl an Einzelpersonen als auch an Ehepaare mit oder ohne Kinder, sowie an alleinerziehende Mütter und Frauen mit Kindern vergeben. (Anm. d. Red.: und die alleinerziehende Väter?) Was nun Ihre Fragen angeht, ob die gleichen Vergabekriterien für kinderlose Ehepaare auch für nichteheliche heterosexuelle bzw. für gleichgeschlechtliche Partnerschaften gelten, so muß darauf hingewiesen werden, daß für diese Personengruppen keine Vorschriften gesetzlicher oder dienstlicher Art bestehen. Die Wohnbauförderung soll die Entfaltung eines gesunden Familienlebens, namentlich für kinderreiche Familien, gewährleisten. Zur Familie rechnen die Angehörigen, die zum Familienhaushalt gehören oder alsbald nach Fertigstellung des Bauvorhabens in den Familienhaushalt aufgenommen werden sollen, oder Einzelpersonen (§§ 1, 8II WoBauG). Nicht verwandten Personen kann somit keine öffentlich geförderte Wohnung überlassen werden. Anträge von Personen, die in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung leben, werden nicht entgegengenommen. In der Praxis werden z.B. bei unserem Amt Benennungen an Verlobte erst nach Vorlage einer Heiratsurkunde ausgestellt."

Während der Podiumsdiskussion wurde auch dieses Thema angesprochen. H. Lottmann (SPD) verwies auf bundespolitische Vorschriften und meinte sogar, daß Wohngemeinschaften und Familien auf diesem Gebiet gleich behandelt würden. Was die Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften angeht, hält er sie für wünschenswert, doch erst in 5 bis 10 Jahren für durchsetzbar. Gerd Wolter (Die Grünen) versprach, sich für diese Gleichberechtigung einzusetzen. H. Braun (F.D.P.) antwortete deckungsgleich und verband dies mit der Forderung nach einer höheren Fehlbelegungsabgabe.
Nach diesen Statements verlas Nasih auszugsweise das Antwortschreiben des Wohnungsamtes. Dessen Inhalt veranlaßte Hildebrecht Braun zu den Ausruf: "Wenn das so ist, dann ist das ein Skandal!" Womit wir ihm rechtgeben. In des Reaktion des Wohnungsamtes zeigt sich wieder einmal die totale Unfähigkeit öffentlicher Stellen, nichteheliche Lebensformen anzuerkennen.

dr

Zitat

Ex-MAD-Chef Admiral Elmar Schmäling:

Von Emotionen gesteuerte Menschen haben in einem Nachrichtendienst nichts zu suchen. Wer etwa Homosexualität an sich für eine Schweinerei halte und homophil veranlagte Menschen deshalb ablehne, dem dürfe eine Sicherheitsüberprüfung nicht übertragen werden. Keinen Platz im MAD habe auch, wer eine von der Regierungslinie abweichende politische Meinung schon deshalb für unzulässig hält, also die Grenze zwischen Verfassungsfeindlichkeit und unliebsamer politischer Meinungsäußerung nicht erkennt. (lt. AZ-Meldung)

April

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
						1. 15.30 bis 19 Uhr Kaffeeklatsch
2. 19 bis 23 Uhr VSG-Diskussion: "Lehren vom 12. März - was können/müßen wir tun?"	3.	4. 19 Uhr AG- Politik	5. 16.30 Uhr Jugendgruppe Trotzkopf	6. 19 bis 24 Uhr VSG - Abend	7.	8. 15 30 bis 19 Uhr Kaffeeklatsch 15 Uhr HuK-Sitzung Ismaning
9. 19 bis 23 Uhr VSG-Diskussion: "Motivation zur Mitarbeit"	10. 19 Uhr Org. Ausschuß	11. 20 Uhr HuK-Bierstüberl Ismaning	12.	13. 19 bis 24 Uhr VSG-Abend	14. 20 Uhr KELLER-ABSCHIEDSFEST	15. 16 Uhr "das Archiv wird gesichtet"
16. ab 19 Uhr Treffen im Lohengrin	17.	18. 19 Uhr AG-Politik im Stadtbüro der Grünen	19.	20. Karfreitag	21.	22.
23. Treffen im Lohengrin Ostermontag	24. 19 Uhr Org. Ausschuß im Klenzehof	25. 19.30 Uhr KJ- Redaktion im Palmhof 20 Uhr Gesprächskreis - Homosexualität	26.	27.	28.	29.

ACHTUNG !!! ab 15. April ist das VSG-Zentrum geschlossen.

Mai

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
30. Treffen im Lohengrin	1. Tag der Arbeit	2. 19 Uhr AG-Politik im Stadtbüro der Grünen	3.	4. Rosa Frosch - Treffen in Eschenbach	5.	6.
7. ab 19 Uhr Treffen im Lohengrin	8. 19 Uhr Org. Ausschuß im Klenzehof	9. 20 Uhr HuK-Bierstüberl Ismaning	10.	11.	12.	13.
14. ab 19 Uhr Treffen im Lohengrin Redaktionsschluß für KJ 3/84	15.	16. 19 Uhr AG-Politik im Stadtbüro der Grünen	17. 19.30 Uhr KJ-Redaktion im Palmhof	18.	19.	20. 15 Uhr HuK-Sitzung Ismaning
21. ab 19 Uhr Treffen im Lohengrin	22. 19 Uhr Org. Ausschuß im Klenzehof	23.	24.	25.	26.	27.
28. ab 19 Uhr Treffen im Lohengrin	29.	30. 20 Uhr Gesprächskreis-Homosexualität Ismaning	31. Himmelfahrt	Rosa Hilfe - Treffen im Waldschlößchen		

Nicht vergessen! der Keller muß geräumt werden.

STACHUS

Nachdem uns mehr und mehr Meldungen über das skandalöse Auftreten der Polizei am Stachus (Lockvögel) erreichen, drucken wir hier die "Benutzungsordnung für die Verkehrsflächen des Stachusbauwerkes" in seinem vollen Wortlaut ab:

(1) Die in den Lageplänen vom 3. November durch Schraffur dargestellten Wegeflächen des 1. und 2. Untergeschosses des Stachusbauwerkes einschließlich der Rolltreppen dienen ausschließlich dem Fußgängerverkehr. Die Benützung ist in diesem Rahmen jedermann gestattet. Dies gilt nicht soweit und solange zur Nachtzeit eine Absperrung der Fußgängerzonen erfolgt

(2) Kinderwagen und Fahrräder dürfen auf den Wegeflächen geschoben werden. Das gilt auch für andere Fahrzeuge von nicht mehr als 1 Meter Breite, wenn dadurch die Fußgänger nicht behindert werden. Das Sitzen auf den Handläufen der Rolltreppen ist unzulässig.

(3) Es liegt nicht mehr in Rahmen der Zweckbestimmung nach Ziff. 1, wenn jemand die Wegeflächen nicht vorwiegend zum Fußgängerverkehr, sondern zu anderen Zwevken benützt.

(4) Jede nach Ziff.3 über die Zweckbestimmung hinausgehende Benutzung der Wegeflächen ist unbeschadet der Ziff. 5 unzulässig.

Dies gilt insbesondere

1. für das Anbieten von Waren und Dienstleistungen sowie jeglichen Warenverkauf
2. für das Aufsuchen von Bestellungen außerhalb der Ladengeschäfte,
3. für wirtschaftliche Werbemaßnahmen, z.B. Handzettelverteilen, Herumtragen von umgehängten Werbetafeln, Werbeveranstaltungen,
4. für das Bemalen, Bekleben und Beschriften des Bodens, der Wände, Decken und Säulen,
5. für das Sitzen und Liegen,
6. für das Musizieren,
7. für das Betteln,
8. für das Verweilen bei gleichzeitigem Alkoholgenuß außerhalb der bestimmungsgemäßen Nutzung der zugelassenen Freischankflächen,
9. für das freie Umherlaufenlassen von Hunden,
10. für die Fortbewegung mittels Rollschuhen, Rollbrettern und ähnlichen Vorrichtungen,
11. für Ballspiele aller Art.

(5) In Einzelfällen kann eine über die Zweckbestimmung nach Ziff. 1 hinausgehende Benützung der Wegeflächen schriftlich durch die Landeshauptstadt München, Kommunalreferat, Abt I, Liegenschaftsverwaltung erlaubt werden. Die Erlaubnis kann von der Entrichtung eines Entgelts abhängig gemacht werden.

Wir wollen hiermit nicht die Klappenbesuche propagieren, sondern Euch einfach die Möglichkeit geben Euere Rechte wahrzunehmen.

In den Durchgängen hin und her zu gehen, Schaufenster anzugucken oder sich einfach mit jemanden dort zu verabreden, m.a.W. all das was ein Fußgänger immer macht, ist n i c h t verboten!

Also, im Falle eines Falles, außer sich ausweisen keine weiteren Auskünfte erteilen aber auch umgehend Einspruch erheben!!!

gv





Schwule als Feindbild der EAP

Zu den Splitterparteien, die sich um einen Sitz im Münchener Stadtrat bewarben, gehörte diesmal auch die "Europäische Arbeiter-Partei" (EAP). Diese obskure Gruppierung mit dem linken Namen und einem ziemlich weit rechtsstehenden Programm ("Frieden schaffen mit Strahlenwaffen") kämpft gegen eine angeblich weltweite Verschwörung, in der angefangen vom amerikanischen CIA bis hin zu den westdeutschen Grünen und unter der Fuchtel von Elisabeth II. als der "Hexe von Windsor" so ziemlich alles tätig sein soll, was sich nicht einem vage umschriebenen "Humanismus" vepflichtet fühlt. Über eine von ihr gelenkte "Anti-Drogen-Koalition" (ADK) hat die EAP einen gewissen Zulauf vor allem an jüngeren Menschen, die dann gelegentlich brav einen "Kampf-dem-Rauschgift"-Aufkleber verteilen dürfen. Es mehren sich warnende Stimmen, die vor den sektenähnlichen Machenschaften der EAP warnen. Erst kürzlich hat der SPIEGEL dazu eingehend Material veröffentlicht (Heft 10/1984).

Wenig bekannt ist indessen, daß auch die Homosexuellen unter den diversen Feindbildern der EAP zu finden sind. Diese zählen mit zu den "Deklassierten", die in einer "humanistisch-demokratischen Republik" EAPscher Prägung keine Existenzberechtigung haben. Was für ein sauberer Staat da erstrebt wird, läßt sich am ehesten daran ermessen, daß Hitler für diese angeblichen Humanisten nur ein "österreichischer Hippie" war, also blumenfreundlich, walzerfesch und dem lustigen Vagabunden Charlie Chaplin insgesamt zum Verwechseln ähnlich. Damit läßt sich der Homosexuelle nun freilich nicht vergleichen. Im dänischen Städtchen Christiania, laut EAP Zentrum und Krebsgeschwulst einer internationalen Drogenmaffia, tritt der idealtypische Schwule so auf: "Man hört das schrille Lachen eines jungen Homosexuellen in Frauenkleidern und mit Henna gefärbten Haaren, der gerade einen achtjährigen schreienden Jungen kitzelt. Nach einer Weile nimmt er den braungelockten Jungen an die Hand und verschwindet mit ihm im Gebüsch". Man sollte sich als Homosexueller bei der nächsten Begegnung mit einem EAPler vielleicht nicht gleich in die Büsche schlagen, sondern eher versuchen, ein bißchen mehr von seiner schwulenfeindlichen Ideologie aus ihm herauszukitzeln. Bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur an zwielichtigen und sektiererhaften Weltverbesserern und -rettern scheint Aufmerksamkeit dringend geboten. Auch diese Partei braucht in der Zukunft ihre Prügelknaben, selbst wenn im Moment noch nicht deutlich ist, wer denn am Ende definitiv dabei ist. Der Homosexuelle bietet sich bei so viel Verschwörungsgefasel doch geradezu an. Ein bloß demonstrativ-verächtliches Anpinkeln ihrer Plakatständer (Pfui Teufel!) reicht bei der EAP also auf die Dauer wohl nicht aus.

pw

Nachbarn prügeln Homosexuellen tot

Wien (AZ) – Ein harmloser Umtrunk mit Nachbarn, einer Frau und drei Männern, endete für den Gastgeber tödlich. Er hatte in angetrunkenem Zustand homosexuelle Zuneigung zu einem der Anwesenden gezeigt. Die drei Männer fielen daraufhin über den 36jährigen her und stießen ihn die Treppe hinunter. Nach zenn Tagen erlag das Opfer in einem Wiener Krankenhaus seinen Verletzungen.

AZ 23.02.84

Ein homosexueller Heimleiter muß vom Caritasverband Gießen nicht wieder eingestellt werden. Das Arbeitsgericht Gießen lehnte die Klage des Entlassenen ab, weil der 29jährige gegen die Soziallehre der katholische Kirche verstoßen habe. (dpa)

SZ 08.03.84

Gegen Diskriminierung Homosexueller

Das Europa-Parlament setzte sich auch für die Homosexuellen ein. In einer mit 114 gegen 25 Stimmen bei 22 Enthaltungen verabschiedeten Entschließung werden die EG-Länder aufgefordert, alle Gesetze abzuschaffen, die rechtliche Sanktionen gegen homosexuelle Handlungen zwischen einverstandenen Erwachsenen vorsehen. Das Mindestalter, bei dem sich Personen für ihre sexuelle Neigung entscheiden dürfen, sollte für Männer und Frauen gleich hoch festgelegt werden. In der Debatte hatte die sozialistische Niederländerin Ien van den Heuvel auf den Fall Kießling verwiesen und gefragt, woher die „normal veranlagten“ Menschen eigentlich den Mut nähmen, über die Homosexuellen ein moralisches Urteil zu fällen.

SZ 15.03.84

Politische Bemerkungen eines scheidenden Vorstands

Ich möchte hier im Kellerjournal einiges von dem in meinem Rechenschaftsbericht Gesagtem aufgreifen und evtl. verdeutlichen.
Der VSG ist ein politischer Verein. Die Aufgabe des Vorstands ist daher als eine politische zu begreifen, wobei man quasi Innen- und Außenpolitik unterscheiden kann.
Nach innen sollte der Vorstand alles tun, damit die Arbeitsgruppen autonom ihre Aktivitäten entfalten können. Das bedeutet Differenzen zwischen den einzelnen AGs bzw. zwischen AG und Organisationsausschuß (-Mitgliedern) beizulegen. Autonomie der Arbeitsgruppen kann allerdings nicht heißen, daß abweichende Meinungen des OA oder der übrigen Vereinsmitglieder ignoriert werden dürfen. Es gilt einen Konsensus durch Diskussion herzustellen, was sicher oft langwierig und zäh sein kann, jedoch demokratisch und m.E. unbedingt erforderlich ist, wenn die Arbeitslust der Aktiven nicht leiden soll.
Die Diskussionsbereitschaft in den Sitzungen des OA scheint mir jedoch allzu oft zu begrenzt zu sein, wird von einem oberflächlichen Effektivitätsdruck gelähmt. Dies führt jedoch letzlich zu weniger Effektivität, da weniger (innere) Motivation.
Für die Arbeit nach außen muß der Vorstand den Beiräten und den Arbeitsgruppen Impulse geben, Anregungen vermitteln und soweit wie möglich delegieren. Er sollte es auch verkraften können, wenn die konsensfähigen Meinungen im einzelnen von seinen abweichen. Die politischen Grundlinien müssen allerdings identisch sein. Diese wiederum sind in die Kontinuität des Vereins einzuordnen, soll der VSG nach außen glaubhaft bleiben.
Wie ich hier im Kellerjournal vor einem Jahr schrieb, ist eines meiner "außenpolitischen" Ziele , die Ausformung einer "gay community" zu fördern, d.h. kurz gesagt, eine schwule, solidarische Gemeinschaft mit zwar unterschiedlichen Interessengruppen, jedoch einer gemeinsamen Identität. Je stärker diese Gemeinschaft wird, desto weniger kann uns die moralische Wende anhaben (selbst rechtsradikalen Schlägertrupps können wir so geschlossener Paroli bieten), desto größer ist die Chance, die Gesellschaft in unserem Sinne zu ändern, desto eher kann jeder so leben, wie er will.
Daß die Emanzipationsgruppen allein jemals die notwendige Stärke erreichen werden,um diese Veränderungen zu bewirken, glaubt wohl heute keiner mehr.
Die Ausformung einer gay community wird mit Sicherheit durch das gemeinsame Handeln der verschiedenen örtlichen Schwulengruppen gefördert.Wenn man noch schwule Wirte und andere Unternehmer einbeziehen kann, so erreicht man den größten Teil der schwulen Öffentlichkeit.
Alle die von mir angeregten Aktivitäten zielten auf solch ein gemeinsames Handeln, so die AIDS-Selbsthilfe (bei der ich , nach USA-Muster, gerne noch die Unternehmer und Prominenz als Gründungsmitglieder gesehen hätte), so das alternative Wochenende mit dem gemeinsamen Zelt, so auch die Podiumsdiskussion mit Parteivertretern, bei der allerdings die anderen Gruppen leider nicht mitmachten.
Doch gerade die Podiumsdiskussion zeigte, neben der dankenswerten Arbeitsbereitschaft aller VSG-Gruppen, wie sehr der VSG von Münchner Schwulen schon als eine legitime politische Interessenvertretung angesehen wird, ganz im Sinne einer arbeitsteiligen gay community. Waren früher die Aktivitäten des VSG für die Mehrheit der schwulen Münchner ein Ärgernis, so ist nun der Tag nicht weit, wo man uns beschimpfen wird, wenn wir nichts tun.

Ideen und Impulse eines Vorstands werden nur fruchtbar, wenn sie umgesetzt werden. Hier kommt es auf die aktiven Mitglieder an. Deshalb möchte ich an dieser Stelle allen danken, die zum Erfolg direkt oder indirekt beigetragen haben. Ganz besonders aber bedanke ich mich bei Guido Vael als Öffentlichkeitsreferenten und bei Karl-Georg Cruse als Sprecher der AG Politik, die beide wesentlich mehr als ihres Amtes gewesen wäre, sich für die "Außenpolitik" eingesetzt haben.

Rainer Schilling

Keine Gnade für Krebskranken

München/Berlin (AZ) – Das bayerische Justizministerium hat am Donnerstag ein Gnadengesuch des unheilbar krebskranken Berliner Häftlings Peter Schult (55) „unter Abwägung aller Umstände" abgelehnt. Der Journalist, 1981 wegen homosexueller Handlungen mit Kindern verhaftet und ein Jahr später vom Münchner Landgericht zu 34 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, hat nach Ansicht von Ärzten höchstens noch ein Jahr zu leben. Die Ablehnung bedeute das „endgültige Todesurteil für meinen Mandanten", erklärte der Münchner Rechtsanwalt Jürgen Arnold.

AZ 24.02.84

Häftling Schult im Krankenhaus

München (AZ) – Der unheilbar krebskranke Berliner Häftling Peter Schult (55) liegt jetzt in einer Klinik. Die zuständige Münchner Staatsanwaltschaft hatte der Verlegung zugestimmt. Über 4000 Anwälte, Ärzte und Künstler hatten ein (vergebliches) Gnadengesuch für Schult unterzeichnet, der 1982 wegen homosexueller Handlungen mit Buben zu 34 Monaten verurteilt worden war.

AZ 09.03.84

PETER SCHULT, straffälliger krebskranker Schriftsteller, der in einem Berliner Krankenhaus behandelt wurde, ist ins Ausland geflohen, bestätigte jetzt sein Münchner Anwalt Jürgen Arnold. Sein Mandant habe ihm gegenüber seine Flucht als einen „Akt der Selbstbegnadigung" bezeichnet, nachdem ihm die Münchner Justiz eine Begnadigung trotz eines entsprechenden Gesuches, das von zahlreichen Prominenten unterstützt worden sei, verweigert habe. Schult war wegen homosexueller Vergehen mit Minderjährigen in München zu einer 34monatigen Haftstrafe verurteilt worden, die im Herbst verbüßt ist. Schult, der ohne Hoffnung auf Heilung ist, wurde im Berliner Krankenhaus Heckeshorn behandelt.

SZ 21.03.84

VSG e.V. - neuer Vorstand

Die Mitgliederversammlung des VSG e.V. fand am Samstag den 10. März 84 statt.
Als neuer Vorstand wurde Dieter Reiml mit überwätigender Mehrheit gewählt (44Ja, 9Enthaltungen, keine Gegenstimmen)!
In den Beirat wurde Günter Jeschek erneut gewählt, neu hinzugekommen sind Jörg Hennings und Jörn Paschburg (besser bekannt als Cleo).
In der Diskussion nahm die bevorstehende Schließung des Zentrums den breitesten Raum ein. Der neue Organisationsausschuß erhielt von den Mitgliedern freie Hand um ein neues Zentrum anzumieten.
Obwohl das Geschäftsjahr 1983 positiv abgeschlossen wurde (Kassenstand DM 2550,86, d.h. DM 473,98 mehr als 1982), lassen die finanziellen Mitteln keinen sehr großen Spielraum. Deshalb wurde an die Arbeitsgruppen appelliert die Ausgaben auf das höchstnötigste zu beschränken. Die Beitragsrückerstattung für den Arbeitsgruppen (zur Deckung der laufenden Ausgaben) wurde bis auf weiters ausgesetzt.

gv

VSG-Zentrum im April geschlossen

Die feuerpolizeiliche Begehung des Zentrums Anfang Dezember 83, hat Folgen. Da ein Notausgang fehlt (was wirklich zu großen Gefahren führen kann, wie die Ereignisse vom 12.03 auch gezeigt haben) verfügte das Baureferat in ihrem Schreiben vom 16.02. die Schließung innerhalb 2 Monaten. Aus den Bauzeichnungen ist klar ersichtlichtlich, daß ein Notausgang nicht zu realisieren ist.
Deshalb werden die Vereinsaktivitäten in der Weißenburger Straße 26 (UG), zu 15. April 1984 eingestellt!
Der Keller muß bis Ende Mai vollständig geräumt sein!

- Wir treffen uns ab den 16. April jeden Montagbend zwischen 19 und 24 Uhr im Lohengrin.

(Rothmundstraße/Ecke Maistraße, Tel.: 531241)

- Der Organisationsausschuß findet jeden 2. und 4. Dienstag im Monat im Klenzehof statt.
(Klenzestraße 17, Tel.: 223034)

- Die AG-Politik trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Stadtbüro der Grünen.
(Kolosseumstraße 6, Tel.: 265868)

- Die Arbeitsgruppe Rosa Telefon trifft sich privat.

- Die Redaktionssitzungen des Kellerjournals werden in den Palmhof verlegt.
(Palmstraße 4, Tel.: 2010187)

- Die Jugendgruppe Trotzkopf hat uns nicht mitgeteilt wo sie sich trifft.

gv

eine gute Idee

Der Aufruf von der AG-Dokumentation bei der Mitgliederversammlung hat gefruchtet.
Am Sonntag den 15. April um 16 Uhr, treffen sich einige Leute um das Archiv zu sichten. Sie tun dies nicht nur weil wir aus dem Zentrum ausziehen müßen, sondern vor allem um eine Dokumentation zu "10 Jahre VSG" zusammenzustellen. Sie wollen damit in Juli an die Öffentlichkeit treten (Ausstellung oder ähnliches)! Wer Lust hat mitzumachen oder noch neue Ideen einbringen kann/möchte, wird mit offenen Armen aufgenommen.

am

Das neue Buch

Albträume des Sadomasochismus (1.Teil)

Im Buch von: CHRISTIAN PIERREJOUAN, "M S" (Bruno Gmünder Verlag, ISBN 3-9800578-6-0), in diesem vermutlich fiktiven "Tagebuch" geht es um Sadomasochismus. Darunter lassen sich hier nicht mehr Tendenzen und Möglichkeiten verstehen, die frei für Mann (und Frau) annehmbar wären. Es ist ein Werk über eine eigenartige psychische Struktur. Die folgenden Beobachtungen beziehen sich auf den ersten Teil des Buches.

Wir verfolgen, warum der Autor als Sadist (oder der Sadist als phantasierender Autor) zwangsläufig zum Mörder wird. Er ist aber kein Lustmörder; sondern Täter aus Unlust. Wer taugt zum Sadisten? Wie begründet sich der Sadist? "...mein Glück beruht in diesen Momenten eher darauf, endlich zu spüren, daß ich existiere, als daß ich ihn beherrsche. Mitten in dunkler Nacht, wenn ich das Bewußtsein habe zu leben, leuchtet das Gesetz endlich hell." (S.62) "Für Augenblicke bin ich das Gesetz; ich falle mit ihm zusammen." (S.62) Dieses Gesetz "legt die Beziehungen eines jeden mit dem anderen fest, seinen Platz, seine Rolle" (S.62). "Ich entleihe dem Leben draußen, den sozialen Regeln, eine Grundlage, auf der ich meine Geschichte aufbaue, aber das ist wirklich nur eine Anleihe." (S.189/90) Die Rituale des SM bringen die von draußen, aus der normierten Gesellschaft, entlehnten Bilder von Männlichkeit & Herrschaft auf den Begriff. Das Ich des Sadisten bedient sich der noch unzusammenhängenden Momente einer unvollendeten (weil normalen) Wirklichkeit und setzt sie wie in einem Traum- bzw. psychotischen Ablauf (unbewußt) neu zusammen und kanalisiert damit ihn bedrohende, die Gefahren der Selbstauflösung anzeigende Kräfte, deren es (das Regulativ des Ich) kaum noch Herr werden konnte. Das Du ist dann die Rolle des Sklaven und ermöglicht "das erste Bild von mir als Mann, das ich besitze" (S.63). Der Sadist zeigt sich als ständig von der Angst vor Entgrenzung beherrschtes, seines eigenen Seins und Körpers nicht sicheres Wesen. Mit den Gewaltakten legt er seine Grenzen fest. Das Leides des Masochisten bietet die Sicherheit, daß der, der das Leiden zufügt, existiert. Der Gefolterte ist in dem Sinn nichts weiter als Körperteil des Folternden. Wie die Fetische, Kleidung und Instrumente, sozusagen Haut und Gliedmaßen eines von der Sicherung der Existenz Besessenen sind, dem die Nacktheit erklärtermaßen Angst macht. Der Sadist ist darauf aus, sich überhaupt erst einmal in diese Welt zu bringen, sich selbst "zu Ende zu gebären". Für ihn ist das Vorhandene, das gegebene Menschliche, das Unvollendete, das Nicht-zu-Ende-Geborene. Haß aufs Menschliche kennzeichnet also seine Reflexionen: Er benötigt den Sklaven "vor allem, weil ich in dir den Menschen getötet hatte, oder die Möglichkeit, Mensch zu sein, das heißt zu spielen und zu lügen" (S.34); weil der Gefangene "bereitwillig zum Tier geworden" war (S.34). Aber der Sadist haßt hier das Spiel nur, wenn es das Spiel der Ebenbürtigen ist, wenn ein anderer mit ihm spielen könnte, ihn in Unsicherheit und Entgrenzung stürzen und seine Schwäche erkennen würde. Dagegen bevorzugt er das sadomasochistische Ritual als "Spiel (...), aus dem alles Menschliche verbannt ist" (S.44). "Ich will von M. nichts anderes als sein Leben und seinen Atem, und alles, was er mir sonst anbieten kann, ist überflüssig." (S.54/55) Im Verlauf dieses "Spiels", das nichts Spielerisches zuläßt, wird der Sklave verdinglicht, zum Gegenstand; dann verwunschen, zur Pflanze; schließlich zur Maschine: "Sie ist die natürliche und notwendige Kehrseite der sichtbaren Welt. Ich liebe sie zur gleichen Zeit, in der ich sie unweigerlich zerstöre." (S.72) Niemals geht es um ein sich-Verströmen zu zweit, gemeinsam in orgiastischer Lust, "sobald der Orgasmus erreicht ist, eine gewisse Unbehaglichkeit. Der Bann ist gebrochen, die Vision verflüchtigt sich"(S.14/15) Post coitum omne animal triste est. Ja, der Orgasmus ist überhaupt gefährlich, zerstört er doch das Ritual: "Seine Eisen werden unnütz schwer und ich verstehe ihren Sinn nicht mehr. Die Sicherheit, die sie mir gerade noch gaben, ist lächerlich geworden. Meine Einsamkeit ist nicht weg, und seine Fesseln haben ihn mir auch

nicht mehr ausgeliefert, als eine Umarmung es getan hätte. Eine Illusion hat die andere ersetzt, ohne das Übel zu beheben, das ist alles." (S.15) Es bleibt nicht alles. Auf den störenden Orgasmus wird man zunehmend verzichten. Um Entlebendigung, um Zerstörung geht es. Geopfert muß werden. Für den Folternden wird das Gesicht des Opfers zu einem "absurden Chaos" (S.46) aller menschlichen Gefühle und gleich darauf, da er Chaos nicht erträgt, zur "Maske (...), die (...) klar wird im Lichte einer anderen Ordnung: der der Unvernunft" (S.46). "Die Vernunft ist jetzt sehr weit entfernt. Sie regiert in einer Welt, in die weder du noch ich je ganz haben eindringen können. Ich weiß weniger denn je, was eine Vorschrift ist, ein Recht, und was Respekt bedeutet." (S.49) Aber das ist ganz verlogen. Denn auf Vorschriften, Rechte und Respekt gründet sich ja die Gewalt des "Meisters". Die gefeierte Unvernunft ist immer die des Opfers, das sich ausliefert und damit für den kalt Kalkulierenden beängstigend "ungreifbar" wird (S.60), ein "Lebensraum, den ich zerstören wollte" (S.65). Wenn der Maso Lust empfinden kann durch Schmerzen, müssen diese gesteigert werden, bis ihm die schäbige Lust ausgetrieben ist. Das Ungreifbare muß eliminiert werden. Zumal, gräßliche Zweifel, die Lust des Masos das Selbstfindungs-Ritual des Sadisten als "Komödie" enttarnt (S.60). "Wir haben die Rollen, die uns zugedacht sind, vollkommene Unberührtheit erlaubt.(...) Hinter dieser Karikatur höchsten Einsatzes (...) kann ich jeden Einsatz vermeiden und nichts sein als eine Erscheinung."(S.60) Die Lust des M. macht den S. zum Phantom. Das "Spiel" führt nicht zur heißersehnten Geburt einer stabilen Existenz. Die Angst vor der Auflösung setzt dem Sadisten zu. Plötzlich erinnert er sich an die Lust der nackten Haut, aber er überwindet die Gefahr durch die endgültige "plötzliche Ablehnung eines lange verehrten Objektes" (!) (S.74), dessen "Anziehungskraft jetzt erschöpft ist" (S.74). So daß "ein schweres Schicksal bevorsteht" (S.74). "Ich verstand, daß ich ihn nur lieben konnte, wenn ich ihn verlöre, als ob ich vergessen hätte, was das Leben ist." (S. 76) Nur die Vorstellung vom einem Partner ist stabil. Die Lust des Partners zerfetzt die Schleierhaftigkeiten der Vorstellung. "Ich liebe sein Leben in Gedanken an seinen Tod."(S.78) Denn der geliebte Tod dieses ungeliebten Lebens soll jede Gefährdung beseitigen können. Nun also wird gefoltert, und kein Christus ist derartig geschändet worden wie dieser armselige M. . Einer der schrecklichsten Eindrücke dieses Buches ist die Erwähnung der fieberheißen Hand des schon Halbtoten, die in der Hand des Peinigers liegt, der dabei nichts weiter empfindet als "eine nie zuvor gekannte Steigerung" seines Vergnügens (S.79). Endlich gewinnt der Mordende das Leben, der Sterbende erlöst ihn zum Leben. Größte Hoffnung! "Und sein Schmerz (...) streicht ihn aus dem Verzeichnis der Lebenden, zu dem ich dafür umso deutlicher das Gefühl habe zu gehören."(S.89) "Sein Verschwinden erlaubt mir, geboren zu werden."(S.89) Ach, es ist eine Illusion. Denn der Gemordete ist ohne Substanz; sein Henker hat "ihn durchquert, aber hinter ihm ist wieder das Nichts" (S.82) Der Vernichtete hat keine Erlösung zu bieten. Und der Sadist erkennt: zum Sadisten scheint er nicht zu taugen.

Aber bevor er das erkennt, taugt er ja. Wozu taugt er also? Seine psychische Struktur taugt zu allerlei. Z.B. zum Soldaten. Erinnern wir uns, daß es soldatische Männer waren (wie Klaus Theweleit in den "Männerphantasien" nachgewiesen hat), die in den Konzentrationslagern gefoltert und gemordet haben. Dieser Sadist taugt zum KZ-Täter. Mit schwuler Lust hat er nicht das geringste im Sinn.

Rüdiger Berg





Foto's: W. Langbehn

AIDS

In der Süddeutschen Zeitung vom 08.03.84 war folgende Notiz zu lesen:

AIDS-ähnliches Virus isoliert

San Francisco (Reuter)

Amerikanische Forscher haben nach eigenen Angaben bei Affen ein Virus isolieren können, das eine der mysteriösen Abwehrschwäche AIDS ähnliche Erkrankung hervorruft. Wie ein Sprecher der Universität von Kalifornien mitteilte, ist dies ein wichtiger Schritt bei der Suche für eine Behandlung von AIDS bei Menschen. In den Vereinigten Staaten sind mehr als 3000 Menschen, meist Homosexuelle, an AIDS erkrankt.

Diese von der Nachrichtenagentur verbreitete Meldung, beinhaltet viele Fehler und Halbwahrheiten. Ein Anruf im Robert Koch-Institut in Berlin, das die AIDS-Forschung für Deutschland koordiniert, brachte Klärung.

Frau Dr. L'age-Stehr teilte folgendes mit:

1. Die Ergebnisse wurden bereits vor 1,5 Jahre publiziert
2. Der genannte Virus (MPV = Mason Pfezr Virus) ist mit größter Wahrscheinlichkeit nicht mit dem menschlichen Virus identisch
3. Der MP-Virus erzeugt bei Affen lediglich ähnliche Symptome wie der AIDS-Erreger, jedoch eine andere Krankheit
4. Es gibt ähnliche Virustypen bei anderen Tierarten wie Katzen, Hunden usw.
5. Die Ergebnisse kamen nur dadurch zu stande, daß man untersucht hat, warum gelegentlich Laboraffen eingingen
6. Die Ergebnisse erschienen nur als kurze Notiz in zwei Fachzeitschriften: New England Journal und Landsat.

Fazit: die gewonnenen Daten sind für die Erforschung von AIDS von geringen Nutzen.

dr

Nachtrag zu "Sumpffieber": AIDS

"[illegible]" gehört zweifelsfrei auf den Nachkasten jedes Schwulen. Das gleiche gilt für den Nachtrag zu Sumpffieber über A I D S.

"Die schwulen Medizinmänner" schreiben auch über das "erworbene Immunmangel-Syndrom" weitgehend verständlich (alle Wünsche nach einfacher Sprache statt medizinischer Fachsprache gehen leider nicht in Erfüllung). Vorurteile über A I D S werden abgebaut, ohne daß verschwiegen wird, daß "die ursächliche Aufklärung von A I D S noch völlig am Anfang steht." Die mit Promiskuität verbundenen Gefahren werden deutlich gemacht, ohne die promisken Schwulen zu verurteilen. Für den folgenden Satz muss man den schwulen Medizinmännern m.E. dankbar sein: "Eine hohe Anzahl von verschiedenen Partnern kann nicht der alleinige Maßstab für persönliches Glück und Wohlbefinden, nicht Dreh- und Angelpunkt schwuler Identität sein". Wir müssen uns davor hüten, das Idol sexueller Treue durch das Idol promisken [illegible] zu ersetzen.

[illegible] richten die schwulen Medizinmänner nicht auf und lassen sie nicht zu. Das hindert sie nicht daran, an unser Verantwortungsbewußtsein zu appellieren. Vorschriften finde ich nicht in dem Heft, aber Vorschläge, die es zu überlegen gilt (auch wenn die verbreitete schwule Sozialisation dem Schwulen den richtigen Umgang mit seiner Sexualität sehr schwer macht).

Nur selten gibt es für 3.-- DM soviel wichtiges zu lesen.

Karl-Georg Cruse

- A I D S, Nachtrag zu Sumpffieber / 1.Aufl.Januar 84 Verlag Rosa Winkel, Postfach 620604, 1000 Berlin 62

MÜNCHNER AIDS HILFE

Am 16.Januar 1984 wurde die MÜNCHNER AIDS HILFE gegründet. Schon am 20.Januar bescheinigte ihr das Finanzamt München für Körperschaften die Gemeinnützigkeit (St.Nr.844/13226).

Die münchner und die deutschsprachige schwule Presse wurde über die Gründung und die Gemeinnützigkeit unterrichtet. Mit der Deutschen AIDS Hilfe, die ihren Sitz in Berlin hat, wurde Zusammenarbeit vereinbart.

Zusammen mit Frau Dr.KRAHNKE vom städt.Gesundheitsamt wurde ein Forschungsprojekt der Universität Innsbruck vorangetrieben. Wir vermittelten rd 40 homosexuelle "Kontrollpersonen", die sich freiwillig befragen und ihren Urin untersuchen liessen. Herr Professor WÄCHTER von der Universität Innsbruck bedankte sich aufrichtig für die Hilfe.

Schon in New York behandelte Herr Dr.JÄGER AIDS-Kranke und forschte zu AIDS. Nun arbeitet unter seiner Leitung ein Ärzte-Team im Schwabinger-Krankenhaus in der AIDS-Forschung. Auch Dr.JÄGER sucht gesunde Homosexuelle, die sich untersuchen lassen und bereit sind, über sich Auskunft zu geben. Wer mitmachen will, möge Herrn Dr.JÄGER bitte unter Tel.Nr. 3068 7448 oder 3068 347 anrufen. Wir haben Herrn Dr.JÄGER auch insofern unterstützt, als er einen Scheck über 3.000.-DM im Auftrag des M L C erhielt.

Schon zweimal hat sich die MÜNCHNER AIDS HILFE bei münchner Zeitungen gegen unsachliche Berichte zu AIDS verwehrt. Gegen Panikmache im Zusammenhang mit AIDS wollen wir uns auch in Zukunft wenden und bitten jeden, dem unsachliche Presseberichte dazu auffallen, sie uns zur Verfügung zu stellen.

Das Kreisverwaltungsreferat hat die notwendigen Sammelgenehmigungen bereitwillig erteilt. Die grösste Spende erhielten wir bisher von der Diskothek " POW WOW ". Bitte tragen auch Sie durch Ihre Spende dazu bei, dass die MÜNCHNER AIDS HILFE die Forschung fördern und AIDS-Kranken, die auch finanziell Not leiden, helfen kann.

Knabenliebe-Archiv

Seit 1973 sammelte Wolgang Tomašek in München Informationsmaterial über "Knabenliebe" und damit verknüpfte Themen. Dieses Material wurde nun von der der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft Pädophilie übernommen. Es wird von der Züricher Gruppe der SAP verwaltet. Wer wissenschaftlich interessiert ist oder einschlägiges Material (Bücher, Broschüren Akten usw.) abgeben möchte, kann sich mit dieser Gruppe in Verbindung setzen.
Adresse: Postfach 3216, CH 8031 Zürich.
Nichts wegwerfen!

wt

Betrug

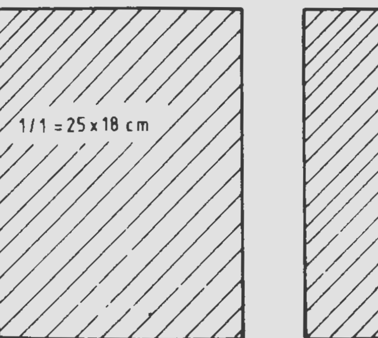
Im Sommer 83 erschien im "Alter Ego" eine Anzeige "Hilfe gegen AIDS". Diese Anzeige wurde auch TORSO und Gay Journal angeboten, diese Zeitschriften verweigerten jedoch den Abdruck und erstatteten Anzeige wegen versuchten Betrugs.
Wie wir "Alter Ego 3/84" entnehmen können, liegt in der Zwischenzeit in dieser Sache ein rechtskräftiges Urteil vor. Am 26.01.84 verurteilte das Amtsgericht Hamburg-Harburg den Auftraggeber der Anzeige wegen fortgesetzten Betruges zu einer Geldstrafe von DM 3600 und den Kosten des Verfahrens.

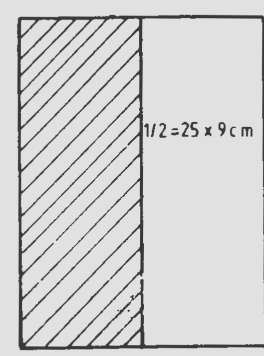
kellerjournal

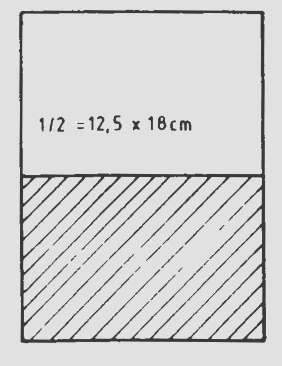
Anzeigenpreisliste 84

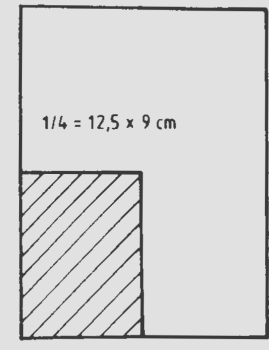
1/1 Seite	DM 120	/ Ruckseite	DM 180
1/2 Seite	DM 70		
1/4 Seite	DM 40		
1/8 Seite	DM 25		

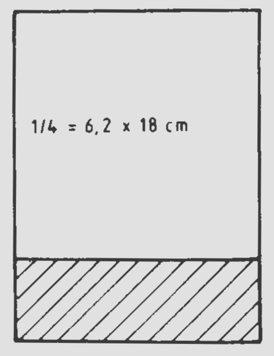
Reihenrabatt: 3 Ausgaben -10%
6 Ausgaben -20%

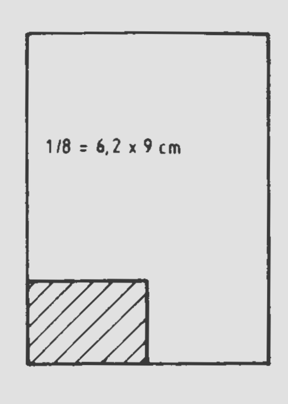












KJ
2/1984

Witz der Woche

»Der MAD hat festgestellt, daß Kohl in Kölner Intellektuellen-Lokalen verkehre.«
»Kann doch nicht wahr sein!«
»Sagt der Kanzler auch: Er bestreitet entschieden, intellektuell zu sein oder jemals Neigungen solcher Art gehabt zu haben.«

Stern 11/84

MÜNCHNER AIDS-HILFE

GEMEINNÜTZIGE AKTION ZUR FÖRDERUNG DER AIDS - FORSCHUNG + UNTERSTÜTZUNG AIDS - KRANKER



NICHT TATENLOS ABWARTEN
SELBST DIE FORSCHUNG FÖRDERN

SPENDENKONTEN:

POSTSCHECKAMT MÜNCHEN
(BLZ 700 100 80) 37800 - 803
HYPOBANK AG MÜNCHEN
(BLZ 700 200 01) 6870161822

SPENDEN SIND STEUERBEGÜNSTIGT
SPENDENQUITTUNG AUF WUNSCH

EINE SELBSTHILFE - INITIATIVE DER HOMOSEXUELLEN VEREINE

HuK + MLC + VSG

MÜNCHNER AIDS HILFE · p A KARL-GEORG CRUSE · ALBERT-ROSSHAUPTER STR 69 · 8000 MÜNCHEN 70